



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Betriebsrätekonferenz Baden-Württemberg

Pforzheim, 23.10.2012

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es gehört zu den volkswirtschaftlichen Binsenweisheiten, dass Stillstand Rückschritt ist.

Aber nicht jede Entwicklung ist automatisch Fortschritt.

Das ist deutlich zu sehen, wenn man sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt anschaut.

Ja, der positive Trend bei der Beschäftigungsentwicklung ist ungebrochen.

Die robusten Arbeitsmarktkennzahlen sind allerdings nur eine Seite der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Frage nach dem Wert und der Qualität der Arbeit fahrlässig oder gar bewusst vernachlässigt wird.

Mittlerweile ist die Prekarisierung weiter Teile der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Alltag in den Betrieben und Unternehmen.

Das gilt auch in den industriellen Kernen unserer Volkswirtschaft.

Atypische Arbeitsverhältnisse werden zunehmend typisch.

In Deutschland arbeiten mittlerweile knapp zehn Millionen Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit oder Minijobs!

Knapp acht Millionen Menschen sind zu einem Niedriglohn beschäftigt.

Und mehr als vier Millionen Menschen erhalten einen Bruttostundenlohn von weniger als sieben Euro.

Mit der Ausweitung dieser prekären Beschäftigungsformen verliert Arbeit zunehmend ihre gesellschaftliche Integrationskraft.

Das Ergebnis ist eine tiefe gesellschaftliche Spaltung!

Wer dafür noch einen Beleg sucht, sollte sich den aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung anschauen.

Die Ergebnisse sind eindeutig:

Die Ungleichheit in unserem Land wächst rasant!

Die oberen zehn Prozent der Haushalte verfügen heute über 53 Prozent des Privatvermögens.

1998 lag dieser Wert noch bei 45 Prozent.

Für die Hälfte der Haushalte bleibt nicht viel:

Sie besitzen insgesamt nicht mehr als ein Prozent.

1998 waren das immerhin noch vier Prozent!

Auch die Lohnentwicklung der vergangenen Jahre hat die Lücke zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft vergrößert.

Während die Löhne im oberen Bereich in den letzten zehn Jahren gestiegen sind, mussten die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten Lohnverluste hinnehmen.

Diese Scherenentwicklung ist das Produkt einer Arbeitsmarktpolitik, die auf atypische und prekäre Beschäftigung setzt.

Wir haben es doch alle noch im Ohr:

„Deutschland hat nur eine Chance in der globalen Wirtschaft zu bestehe, wenn der Arbeitsmarkt dereguliert wird. Das schafft Dynamik!“

Sozial war, was Arbeit schafft – und darum war es gut, dass es einen wachsenden Niedriglohnbereich gibt, denn das schafft Dynamik.

So wurde die Leiharbeit dereguliert.
Die Zumutbarkeitskriterien verschärft.
Minijobs gänzlich freigegeben.
Mit den Folgen, die ich eben beschrieben habe.

Nur: Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit war der Niedriglohnbereich nicht nötig.
In den exportorientierten Branchen werden die höchsten Löhne bezahlt und der Niedriglohnbereich hält sich noch sehr in Grenzen.
Umgekehrt stellen wir fest, dass in den Branche, die nicht oder kaum im internationalen Wettbewerb stehen, die niedrigsten Löhne gezahlt werden.

Und was mindestens genauso schlimm ist:
Diese Strategie legt langfristig die Axt an unser deutsches Wettbewerbsmodell an.
Denn in dem Maße wie sich berufliche Qualifikation durch Einkommen und Sicherheit nicht mehr auszahlt und der Anspruch auf möglichst hochqualifizierte Arbeitsplätze aufgegeben wird, schwächt sich ein wirklicher Erfolgsfaktor Deutschlands.
Nämlich qualifizierte Arbeitsplätze auf denen qualifizierte Menschen benötigt werden, die Produkte herstellen, die sonst keiner fertigen kann.

Diese Entwicklung verdeutlicht:
Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt!
Nicht alles was Arbeit schafft, ist auch sozial!
Anstatt es sich hinter vermeintlich positiven Arbeitsmarktkennzahlen gemütlich zu machen, brauchen wir einen breiten gesellschaftspolitischen Diskurs über den Wert der Arbeit!
Denn letztlich bleibt das „ob und wie“ des Arbeitsverhältnisses für unsere Gesellschaft prägend.
Es geht um ein gutes Leben von Montag bis Freitag und nicht nur dann wenn man zwei Wochen Urlaub hat.
Arbeit stärkt das Selbstwertgefühl der Menschen.
Sie fördert gesellschaftlichen Fortschritt und ist Basis des sozialen Lebens.
Und sie ist die Basis unserer Ökonomie.

Reichtum und Wohlstand unserer Gesellschaft gründen nicht auf spekulativen Blasen an den Finanzmärkten.
Reichtum und Wohlstand in Deutschland basieren auf der Arbeit von Millionen Beschäftigten in den Werkhallen und Büros, in der Produktion wie in den Dienstleistungen.
Damit ist die Ausweitung des prekären- und Niedriglohnssektors ein tiefer Bruch in unserer Arbeitskultur.
Die Unsicherheit wird zur gesellschaftlichen Norm.
Arbeit ist aber keine Ramschware.
Wer arbeitet muss von seiner Arbeit auch leben können.
Alles andere ist würdelos.

Kolleginnen und Kollegen,

darum ist der Kampf gegen Prekarisierung und für sichere Arbeitsplätze ist die zentrale Aufgabe der IG Metall.

Der arbeitsmarktpolitische Irrweg muss verlassen werden:

Arbeit: sicher und fair!

Egal ob Stamm- und Randbelegschaften, fest Angestellte und Leiharbeiter.

Alle, die in einer Wertschöpfungskette zum betrieblichen Erfolg beitragen, haben ein Recht auf sichere und faire Arbeit.

Wir fordern gerechte und gleiche Arbeitsbedingungen und eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, statt weiterer Prekarisierung.

Dabei setzen wir – wie bei der Leiharbeit - auf Tarifverträge und Mitbestimmung.

Es ist unsere Aufgabe die Tarifbindung zu verbessern – und gute Arbeit und gute Löhne zu sichern.

Leider stoßen wir da bei unseren Sozialpartnern immer wieder auch an Grenzen.

Die Einsicht, dass prekäre Beschäftigung auf Dauer den wirtschaftlichen Erfolg gefährdet ist noch nicht sehr ausgeprägt.

Darum brauchen wir auch die Politik.

Sie hat mit politischen Weichenstellungen – Stichwort Agenda 2010 und die damit verbunden bewusste Ausweitung des Niedriglohnsektors – dafür gesorgt, dass Arbeit ihren Wert verliert und Menschen ihre Würde.

Sie muss nun auch dafür sorgen, dass das Rad wieder zurückgedreht wird.

Wir brauchen Mindestlöhne!

Wir brauchen die Regulierung der Leiharbeit – auch durch zusätzliche gesetzliche Maßnahmen.

Ja, wir haben hier einiges erreicht.

Ab 1. November müssen Branchenzuschläge für den Einsatz in der Metall- und Elektroindustrie gezahlt werden.

Sie steigen im Laufe eines Einsatzes stufenweise von 15 auf 50 Prozent.

Aber: Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist das noch nicht.

Aber wir konnten auch nur das schaffen, was tarifpolitisch durchsetzbar war.

Und wenn ich jetzt höre, wie die Entleihunternehmen massiv versuchen, die Regelungen zu den Branchenzuschlägen zu unterlaufen, indem sie zum Beispiel Leiharbeit durch Werkverträge ersetzen kann ich die Entleihunternehmen und Leiharbeitsverbände nur auffordern:

Zeigen sie Verantwortung:

Setzen sie das um, was mit den Gewerkschaften vereinbart wurde.

Aber auch die Bundesregierung ist gefordert.

Frau von der Leyen darf nicht weiter auf dem Sofa sitzen und den Gewerkschaften nach dem Motto „Dann kämpft mal schön“ zuschauen.

Handeln ist gefordert:

Für Leiharbeit muss Equal Pay gesetzlich geregelt werden, wie in den meisten westlichen Nachbarländern.

„Heuern und Feuern“ muss auch für Leiharbeit verboten werden.

Darum muss das Synchronisationsverbot wieder eingeführt werden.

Außerdem braucht es die Einführung einer Höchstverleihzeit um den Abbau von Stamm-Arbeitsplätzen zu verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wäre die Leiharbeit geregelt, wäre aber lange noch nicht alles gut.

Ich habe es bereits gesagt:

Werkverträge werden zunehmend als strategisches Instrument der betrieblichen Beschäftigungspolitik eingesetzt.

Sie werden genutzt, um bestehende Regulierungsmechanismen in der Leiharbeit zu umgehen,

- weiter Lohndumping zu betreiben,
- Belegschaften zu spalten
- und betriebliche Mitbestimmung auszuhöhlen.

So ist es in vielen Betrieben Realität, dass morgens 10.000 Menschen durchs Werkstor gehen, aber nur noch 5.000 Beschäftigte des ursprünglichen Unternehmens sind.

In Folge dieser Entwicklung verlieren wir zunehmend die Möglichkeit, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu gestalten sowie einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Lohn, Gehalt und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Die Gestaltungsmacht wird praktisch auf einen schrumpfenden industriellen Kernbereich reduziert.

Letztlich entsteht über diese Randbereiche letztlich ein von den Unternehmen bewusst erzeugter Druck auch auf die Kernbereiche, mit der Folge, dass Entgelt- und Arbeitsbedingungen sich nachhaltig verschlechtern.

Größer werdende Teile der ursprünglichen Wertschöpfungsketten und damit auch der Belegschaften unterliegen im geringeren Umfang oder gar keiner betriebsverfassungs- rechtlichen und tarifvertraglichen Regulierung.

Im Klartext:

Die IG Metall, die Betriebsräte und die Vertrauensleute sind oft nur noch für die Hälfte der Welt zuständig.

Als selbstbewusste und anspruchsvolle Gewerkschaft sagen wir dazu:

Das dürfen und das werden wir nicht akzeptieren.

Wir wollen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen gestalten.

Wir wollen einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Lohn, Gehalt und Arbeitsbedingungen erreichen.

Das gilt für jeden und jede!

Egal ob er in einem industriellen Kernbereich arbeitet – oder den neu entstandenen Bereichen.

Deshalb haben wir uns um die Leiharbeit gekümmert.

Und das nächste Thema werden die Werkverträge sein.

Der Missbrauch von Werkverträgen muss gestoppt werden!

Kolleginnen und Kollegen,

Mindestlöhne, Regulierung der Leiharbeit und Werkverträge sind wichtig.

Ich bin aber davon überzeugt:

Für eine gute Ordnung auf dem Arbeitsmarkt braucht es – so notwendig sie auch sind - mehr als Einzelmaßnahmen.

Erst durch ein Zusammenwirken vieler Maßnahmen kann wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Dazu gehören für mich auch:

Ein zukunftsfähiges arbeitsmarktpolitisches Leitbild von guter Arbeit und eine Qualifizierungsoffensive:

Mit billiger-Strategien wird Deutschland im Innovationswettbewerb keine Chance haben!

Wir brauchen zudem eine Stabilisierung des Tarifsystems durch Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen.

Das Tariftreuegesetz muss gestärkt werden.

Und schließlich brauchen wir ein Verbandsklagerecht bei Gesetz- und Tarifverstößen und die Stärkung individueller Beschwerderechte der Beschäftigten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt brauchen die Menschen – aber auch unsere Gesellschaft und Demokratie.

Eine eigenständige Existenzsicherung und die Mitfinanzierung des Gemeinwesens über Beiträge und Steuern ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung!

Sie ist auch für die selbstbewusste Wahrnehmung gesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten im Betrieb, in der Politik oder in der Gesellschaft wichtig.

Transferempfänger sehen sich oft als Kostgänger der Gesellschaft.

Die Folge ist ein Verlust des Selbstbewusstseins.

Gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten werden kaum noch genutzt.

Und wir brauchen das alles auch – um auf eine aktuelle politische Debatte zu kommen – um das Rentensystem stabil zu halten.

Die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt, die sich in einer rasanten Ausweitung des Niedriglohnssektors ausdrückt, wird schneller als jede demographische Entwicklung dazu führen, dass unser Rentensystem kollabiert.

Wer wie die Frau von der Leyen, den Niedriglohnbereich nicht reguliert, die Rente mit 67 und die Senkung des Rentenniveaus verteidigt, darf sich dann über zukünftige Altersarmut nicht wundern.

Darum ist auch die von ihr vorgeschlagene Zuschussrente kein Beitrag zur Lösung der Probleme.

Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und eine echte Reparatur der Rentenversicherung:

- Wir fordern die Wiederherstellung eines sozialstaatlichen Sicherungsniveaus,
- die Beitragsabführung für Arbeitslosengeld-II-Bezieher zur gesetzlichen Rente
- sowie die Weiterführung der Rente nach Mindesteinkommen.

Und schließlich muss die Rente mit 67 beseitigt werden, Kolleginnen und Kollegen.

Auch bei der SPD ist in Sachen Rente noch viel Luft nach oben.

OK, der Vorschlag des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, eine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren einzuführen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Damit hat wenigstens einem Personenkreis, nämlich der, der früh angefangen hat zu arbeiten, die Möglichkeit, vorzeitig abschlagsfrei in Rente zu gehen.

Aber die übergroße Mehrheit kann in Zukunft eben nicht mit 45 Versicherungsjahren aufwarten.

Sie werden durch die Anhebung des Rentenalters massive Kürzungen durch Abschläge haben.

Hier muss die SPD nach wie vor deutlich nachbessern.

Das gilt auch für die Senkung des Rentenniveaus.

Was nützt den Betroffenen eine abschlagsfreie Rente, wenn diese wegen der Senkung des gesamten Rentenniveaus so niedrig ausfällt, dass ein auskömmliches Leben im Alter nicht möglich ist?

Kolleginnen und Kollegen,

ich fürchte, wir können uns auch bei der Rente nicht auf die Politik verlassen.

Und wenn es unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht wahrscheinlich ist, das sich Grundlegendes tut, müssen wir das tun was möglich ist.

Das heißt:

Wir müssen diese sozialpolitische Fehlentwicklung im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen, abfedern.

Wenn Politik und Arbeitgeber, die Rente mit 67 wollen, dann müssen sie mindestens auch dafür sorgen, dass die Leute bis dahin auch arbeiten können.

Darauf hinzuwirken, dass sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig.

Denn sonst würden wir bewusst Altersarmut von vielen Menschen in Kauf nehmen.

Darum wollen wir dieses Thema nun auch verstärkt im Betrieb angehen.

Arbeitsplätze müssen alters- und altersgerecht gestaltet werden.

Zumindest zwei Fragen müssen beantwortet werden:

Was passiert mit Menschen, die bis 67 arbeiten wollen aber nicht können?

Wie können sie aus dem Berufsleben ausscheiden, ohne arm zu werden?

Es muss Entlastung geschaffen werden.

Das gilt sowohl für die Fertigung als auch für die Arbeit im Büro.

Es gilt der Arbeit wieder ein gesundes Maß zu geben.

Und wir brauchen flexible Ausstiegsmöglichkeiten in den Betrieben.

Wir werden die Arbeitgeber hier in Verantwortung nehmen.

Und fordern von der Politik sich ihrer Verantwortung für flexible und faire Ausstiegsoptionen zu stellen.

Das wird ein wichtiges Thema spätestens im kommenden Bundestagswahlkampf werden.

Kolleginnen und Kollegen,

ein letztes Thema möchte ich im Zusammenhang mit der Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ansprechen: Die junge Generation.

Die jungen Menschen haben besonders unter der Deregulierung des Arbeitsmarktes gelitten.

Ihre Zukunftsperspektiven sind unsicher wie selten.

Natürlich ist Deutschland nicht Spanien, wo 50 Prozent der jungen Menschen arbeitslos sind.

Bei uns sind es zum Glück bei den jungen Leuten bis 24 Jahren nur 6,3 Prozent.

Aber auch bei uns ist für die Jugend nicht alles in Ordnung.

Die Jugend profitiert von dem sogenannten „German-Jobwunder“ kaum.

Jeder Dritte unter 35 hatte noch nie in seinem Leben einen festen Arbeitsvertrag.

In den letzten 15 Jahren ist die Erwerbstätigenquote der 20-25-jährigen um knapp 16 Prozent gesunken ist.

Rund 49 Prozent der unter 25-jährigen arbeitet im Niedriglohnbereich.

Von 2000 bis 2010 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bei den unter 25jährigen um 13 Prozent reduziert.

Das sind rund 500 000 Stellen.

Auf diesen Perspektiven lassen sich weder berufliche Weiterentwicklung noch private Lebensplanung aufbauen.

Darum haben wir - ähnlich wie bei der Leiharbeit – ein Thema ins Zentrum der IG Metall gerückt, dass insbesondere den jungen Menschen unter den Nägeln brennt:

Die Übernahme nach der Ausbildung.

Es ist uns gelungen, die unbefristete Übernahme im Grundsatz in der Metall- und Elektronikindustrie im Tarifvertrag festzuschreiben.

Das ist ein wichtiger Baustein für eine gute Perspektive für junge Menschen.
Wir brauchen aber noch sehr viel mehr.
Die Politik muss die Themen der jungen Generation endlich auf die Tagesordnung setzen.

Es muss massiv in ihre Zukunft investiert werden.

In Bildung, Wissenschaft, Kinderbetreuung, soziale Sicherheitssystem, neue Ordnung am Arbeitsmarkt, Aus- und Weiterbildung – wichtige Themen, die die Jungen für ein gutes Leben brauchen.

Aber auch wir sind gefordert.

So hat zum Beispiel die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch nicht den Stellenwert in unseren betriebs- und Tarifpolitik, der nötig wäre.

So gibt es nur in 10 Prozent der Betriebe die wir betreuen Vereinbarung zu diesem Thema.

Darum wollen wir im Rahmen der Kampagne „Arbeit: Sicher und fair“ gemeinsam mit den Beschäftigten betriebs- und alltagsnahe Lösungen entwickeln, die einen Beitrag zu einer familienfreundlicheren Unternehmenskultur leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seht:

Wir haben viele große Baustellen!

Aber wir wissen, was wir können!

Und wir haben es in den letzten Jahren immer wieder unter Beweis gestellt.

Bitte unterstützt in den kommenden Monaten insbesondere die Kampagne „Arbeit – sicher und fair“.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl wollen wir klar machen, dass der Arbeitsmarkt wieder eine vernünftige Ordnung braucht.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!